

## Die Behörden setzen das Sozialhilfesystem gegen tibetische Buddhisten ein

Arme Tibeter verlieren ihr Land, und wenn sie nicht aufhören, den Buddhismus zu praktizieren, verlieren sie auch noch ihre Unterhaltsbeihilfen.

Im Mai 2018 befahlen die Behörden verarmten Tibetern, die von einem Minimum an staatlicher Beihilfe leben, damit aufzuhören, Buddha zu verehren, oder die Unterhaltszahlungen würden ihnen gestrichen werden. Die neue Anordnung ist wie eine Eskalation in der Politik der KPC, die Tibeter zu verfolgen, und zwingt sie, ihre religiösen Überzeugungen aufzugeben.

*Bitter Winter* (eine Website über religiöse Freiheit und Menschenrechte in China) interviewte kürzlich eine Reihe von Tibetern aus Lhasa. Zahlreiche Quellen bestätigen, daß die Regierung sich vor mehreren Jahren des Grunds und Bodens vieler Ortsansässiger bemächtigte, und dadurch etliche ohne Einkommen oder Lebensunterhalt waren. Als Ergebnis gerieten viele Tibeter, die nicht in der Lage waren, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, in Abhängigkeit von den Zuschüssen, welche die Regierung bereitstellte. Diese jüngste Anordnung der Verweigerung der Unterhaltsleistungen bedroht nicht nur die Religionsfreiheit, sondern auch das eigentliche Überleben vieler armer Buddhisten.



Als sie von dem Verbot der Religionsausübung für die Empfänger von Sozialleistungen hörte, bekam die etwa 50jährige Dolma große Angst. Sie wagte nicht mehr, ihre Kora (Umschreitung religiöser Heiligtümer) auszuführen oder Buddha zu verehren, da die Behörden jede ihrer Bewegungen verfolgen.

Quellen zufolge setzen die Behörden spezielle Überwachungsbeamte ein, um die Tibeter von morgens neun Uhr bis abends neun Uhr zu überwachen.

Dolkar ist ein älterer Witwer in den Siebzigern und ein frommer Buddhist. Seit die Behörden solche Methoden anwenden, um ihn daran zu hindern, Buddha zu verehren, leidet der alte Mann unsäglich. Tag ein, Tag aus, sitzt er, wie er sagt, hilflos vor seiner Tür und vergeudet müßig die Zeit, die ihm geblieben ist.

„Es ist gut, Buddha anzubeten. Buddhisten stehlen nicht und rauben andere nicht aus, es wird doch nur Gutes gelehrt. Warum ist die Regierung so darauf aus, unseren religiösen Glauben einzuengen und zu unterdrücken?“ fragte ein anderer Tibeter.

Einige Beobachter meinen, hinter der Beschlagnehmung von Land und der Verteilung der Unterhaltsbeihilfen stecke ein geheimer Plan. Die KPC möchte Macht über das tibetische Volk ausüben, indem sie ihre Lebensgrundlagen kontrolliert. Und wenn sie die Tibeter völlig unter ihrer Kontrolle haben, dann wollen sie ihre religiösen Glaubensvorstellungen ausrotten. Gezwungen von der Notwendigkeit zu überleben, werden die Tibeter dann keine andere Wahl haben, als vor der Regierung zu kapitulieren.

Den Tibetern die Sozialhilfe zu verweigern, ist nur die letzte Maßnahme in einer langen Reihe von Machtmißbrauch und Schikanen, denen dieses leidende Volk ausgesetzt ist. Diverse Verordnungen wurden erlassen, um eine umfassende Kontrolle über tibetische Mönche, Nonnen und Klöster sicherzustellen, die Regierung ist sogar dabei, das Reinkarnationssystem des tibetischen Buddhismus unter ihre Kontrolle zu bringen.

Auch die Beamten werden aufs Korn genommen. So haben die kommunistischen Behörden ein Verbot erlassen, das den staatlichen Angestellten in Lhasa die Teilnahme an buddhistischen religiösen Aktivitäten verbietet und diejenigen, die nicht gehorchen, mit dem lebenslangen Verlust der Sozialleistungen bedroht.

(Die Namen in diesem Text sind alle Pseudonyme.)